

Kreistagssitzung am 11.12.2017

Redebeitrag zu 1144-2017/DaDi: Außerplanmäßige Aufwendungen für die MVZ-GmbH

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich will noch einmal das, was mein Kollege Neudert gesagt hat, aufgreifen und vertiefen.

Es ist unbestreitbar richtig, dass der Kreis sich darum kümmert, die gesundheitliche Versorgung im Landkreis sicherzustellen. Wenn dazu dort MVZ's gegründet werden, wo ein Ärztemangel entstanden ist und wo keine privaten Nachfolger mehr gefunden werden können, ist das erst einmal zu begrüßen. Und dass bei den Neugründungen eine Anlaufphase eingeräumt werden muss, ist, denke ich, auch unstrittig.

Kritisch wird es nur dann, wenn zu den privaten Ärzten eine Konkurrenzsituation entsteht. Es wird zwar immer wieder betont, dass das nicht geschehen würde, in der Realität sieht das aber anders aus. Wenn ein MVZ neben den privaten Ärzten medizinische Leistungen anbietet, ist es automatisch eine Konkurrenz zu den privaten Ärzten.

Das wäre an sich nichts Schlimmes, weil es bekanntlich immer mehr Ärzte gibt, die nicht selbstständig arbeiten wollen, sondern lieber im Angestelltenverhältnis. (Ob diese Entwicklung gut ist oder nicht, ist ein anderes Thema.) Und noch ist es ja auch so, dass ein MVZ nur dort gegründet wird, wo private Ärzte nicht mehr gefunden werden können. Aber wenn man mit dem MVZ einen Konkurrenten zu den freien Praxen schafft, muss das MVZ zumindest langfristig auch nach den gleichen Spielregeln wie ein privater Arzt arbeiten, sprich kostendeckend.

In der Präambel zur Betrauung der MVZ-GmbH steht wörtlich: „Gegenwärtig ist nicht abzusehen, ob die Einnahmen an diesen Standorten ausreichen werden, um die Betriebskosten zu decken und die Investitionskosten zu amortisieren.“ Der Landkreis rechnet also damit, dass er auf lange Sicht die Verluste der MVZ's tragen muss.

Damit entsteht aber ein gravierender Nachteil für die privaten Ärzte. Sie können ihre Verluste nicht auf die Gemeinschaft übertragen. Die Folge wird sein, dass immer weniger Ärzte bereit sein werden, das Risiko einer privaten Praxis auf sich zu nehmen. Damit verstärken die MVZ's das Problem, zu dessen Behebung sie eigentlich eingerichtet werden sollten.

Eine Lösung könnte zum Beispiel sein, dass die Ärzte, die in einem MVZ arbeiten wollen, automatisch Gesellschafteranteile der GmbH übernehmen, sodass für sie ein Anreiz besteht, kostendeckend zu arbeiten.

Innerhalb der AfD-Fraktion haben wir unterschiedliche Ansichten, wie gravierend die Forderung nach einer Kostendeckung gesehen werden soll. Wir werden daher zu diesem Punkt auch unterschiedlich abstimmen.

(Ulf Seiler)